



Michael Oswald

Demokratie und das anarchisch-individualistische Grundmuster der Politischen Kommunikation

In:

Julian Nida-Rümelin / Timo Greger / Andreas Oldenbourg (Hrsg.): Normative Konstituenzien der Demokratie. – ISBN: 978-3-11-111714-0. – Berlin/Boston: De Gruyter, 2024

(Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ; 45)

S. 267-285

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-39800](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-39800)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Michael Oswald

Demokratie und das anarchisch-individualistische Grundmuster der Politischen Kommunikation

Abstract: The digital age was once hailed as a time of liberation, transparency, citizen participation, accountability, and popular rule. However, the influence of biased media on democracy cannot be overstated. In this new era of communication, not only are political facts often distorted, but even the concept of truth itself becomes questionable. It is crucial for society and politics to address the impact of biased media and safeguard the fundamental principles of democracy. While Western democracies can navigate the challenges brought about by digital transformation, establishing countermeasures against biased media is an essential requirement.

1 ‚Slanted-Media‘ und die Demokratie

‚Slanted-Media‘ und die Frage nach der Demokratie stehen seit geraumer Zeit in einem Spannungsverhältnis. Das digitale Zeitalter wurde oftmals als die Ära der Befreiung, Transparenz, Bürgerbeteiligung, Rechenschaftspflicht und Volksherrschaft antizipiert. Das elektronische Zeitalter stand dabei im positiven Lichte der Basisdemokratisierung oder zumindest der Aussicht auf eine qualitativ verbesserte Form der Demokratie. Vor allem basierten diese Annahmen auf den umfassenden Möglichkeiten von Informationsflüssen, mit der das republikanische Konzept einer aktiven Bürgerschaft verbessert werden könnte; schließlich würde sich nach der klassischen Vorstellung von Republikanismus die Vernunft durchsetzen, wenn dem Volk mehr Informationen zur Verfügung gestellt würden. Darüber hinaus könnte auch eine Lösung für das Problem des kollektiven Handelns mit verbesserten, billigen und leicht verfügbaren Informationen gefunden werden.

Die Realität zeigte jedoch, dass die Ära digitalisierter Medien Mittel mit sich brachte, mit denen republikanische Normen untergraben und neue Machtstrukturen begünstigt werden können. Ein neues Kommunikationsparadigma führte zu einer Informationsfragmentierung, vermehrtem strategischen Framing, Filterprozessen und verstärkter Desinformation. Der Aufschwung des Populismus wird zu Teilen der digitalen Kommunikation zugeschrieben (vgl. Bennett/Segeber/Knüpfer 2017; Schroeder 2018, 60). Damit müssen einerseits die logischen Herausforderungen der janusianischen Anziehungskraft von digitalen Medien als Werkzeug der

Befreiung betrachtet und anerkannt werden; andererseits haben diese zu einer Verstärkung von affektiver Polarisierung durch Zwietracht beigetragen.

Im vorliegenden Beitrag wird die Problematik um *Slanted Media* diskutiert. Zunächst wird die Entwicklung der Politischen Kommunikation, vor allem im digitalen Raum, angerissen. Anschließend werden ausgewählte Effekte des Wandels in der Medienstruktur diskutiert, insbesondere vor dem Hintergrund, warum die beiden Hauptfaktoren – Framing und Desinformation – einige regulatorische Probleme verursachen. Zuletzt wird beleuchtet, warum es problematisch ist, dass der Medien-Bias bis in die etablierten Medien reicht, vor allem in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

2 Die Politische Kommunikation im anarchisch-individualistischen Grundmuster

In der Vergangenheit spielten vor allem die klassischen Massenmedien eine bedeutende Rolle beim politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Im Zuge der Digitalisierung sorgte die Möglichkeit der direkten Individualkommunikation für einen signifikanten Medienwandel. Insbesondere konnten soziale Medien und die vielfach diskutierten ‚alternativen Medienangebote‘ (z. B. Alber/Stegmann 2016, 11) in Bezug auf die Deutung politischer Sachverhalte eine tonangebende Position gewinnen. Vor allem die Bedeutung der Politischen Kommunikation in den digitalen Medien wurde zu einem zentralen Faktor in der heutigen Medienwelt (Messing/Westwood 2012, 1044). Der Deutungswettbewerb und der Pluralismus wurden durch die neue Medienstruktur zwar signifikant erweitert; allerdings sind weitläufig Macht- und Deutungsprivilegien auf Individualkommunikatoren, strategische Organisationen, Interessengruppen und ebenjene ‚alternativen Medien‘ übergegangen. Dies ist unter anderem deshalb relevant, weil jene Form von Politischer Kommunikation die potenziell moderierende Rolle der zentristischen Kommunikatoren wie etwa der etablierten Journalisten untergraben kann (Freelon/Wells 2020, 147). Gründe für diese neue Macht innerhalb der Politischen Kommunikation sehen Coleman und Freelon in fünf Strukturmerkmalen des neuen Zeitalters der digitalen politischen Kommunikation:

1. Ein Kontrollverlust über Kommunikationsplattformen und der Verbindung zur gesamten Öffentlichkeit. Dies ist einerseits auf die Informationsflut und andererseits auf die heute breit gefächerte Medienvielfalt zurückzuführen. Durch sie entwickelte sich eine Art Kakophonie (vgl. Dahlgren 2005, 150) in der Politischen Kommunikation mit vielfältigen Interpretationen politischer Sachverhalte.

2. Vertikale Kommunikationsformen werden zunehmend von horizontalen Dynamiken umgangen.
3. Ein Wandel der ‚imaginierten Öffentlichkeit‘, die nicht länger passive Rezipientin ist, sondern Medieninhalte zunehmend mitproduziert, was einen kontinuierlichen und direkten Austausch zwischen Sendern und Empfängern ermöglicht. Dies hat Implikationen für die Informationen selbst, die nun nicht länger als etabliert und gegeben erachtet werden, sondern in unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten unterschiedliche Reaktionen hervorrufen und dementsprechend gedeutet werden: „The default setting for digital media is that messages sent or received are only one part of an ongoing process of sense-making“ (Coleman/Freelon 2015, 6).
4. Verschwimmende Grenzen zwischen dem Politischen und dem Alltäglichen, durch welche politische Rituale und Diskurse weniger kuratiert und inklusiver wirken.
5. Regulierungskompetenzen digitaler Kommunikationsplattformen und Diskurse sind staatlichen Institutionen abhandengekommen (Coleman/Freelon 2015, 4–6).

Dabei war es insbesondere der Wandel des Internets, der die Möglichkeiten der Kommunikation revolutionierte. Hauptsächlich betraf dies seine Weiterentwicklung von einem konsumentenorientierten Medium (Web 1.0) hin zum Crossmedium der *Prosumer* (Toffler 1980), die ohne redaktionelle Kontrolle Inhalte produzieren und verbreiten können (Web 2.0). Im Web 1.0 waren es nur wenige, die das Internet mit Inhalten speisten; das Web 2.0 eröffnete demgegenüber nie zuvor dagewesene individualistische Kommunikationsformen. Mittlerweile liegt ein kommunikatives Grundmuster entgrenzter Individualkommunikation vor, das zwar zur Entfesselung der Politischen Kommunikation beigetragen hat, gleichzeitig jedoch auch eine Diffusion der etablierten Medienstruktur erwirkt. Prägend für die Inhalte sind in vielen Sphären des Netzes die strategische Kommunikation sowie Desinformation, die sowohl mit dem Kontrollverlust über Kommunikationsplattformen, Strategien, die Entwicklung des Internets, horizontale Dynamiken in der Kommunikation bis hin zu den Regulierungskompetenzen, welche zu großen Teilen in der Hand digitaler Kommunikationsplattformen sind, zu einer Herausforderung für Demokratien wurden.

Im Mittelpunkt der Problematik steht vor allem der eklatante Wandel des Medienkonsums und der Medienstruktur, was – wie sich abzeichnet – weitreichende Spillover-Effekte auf Regierungssysteme hat. Einige Veränderungen gehen zumindest in Teilen auf das neue Grundmuster der Politischen Kommunikation zurück, beispielsweise für den Vorschub des Populismus wird ihm zumindest eine Rolle zugeschrieben (Bennett/Seegerberg/Knüpfer2017): In Ländern, wo der Popu-

lismus erstarkte, z.B. den USA, Indien oder Schweden, konnte die *Gatekeeping*-Funktion der traditionellen Medien über digitale Medien umgangen werden (Schroeder 2018, 60). Dies ist ein Effekt der neuen Medienstruktur, da in der Vergangenheit die großen Leitmedien die Agenda des öffentlichen Diskurses relativ weitläufig festsetzen konnten. Dadurch, dass in Zeiten der Prosumer viele selbst zum öffentlichen Sender von Informationen werden, wurde auch die Medienagenda verändert (Entman/Usher 2018; Vargo/Guo 2017). Social-Media-Plattformen, Blogs und ‚alternative Medien‘ gewannen damit dem traditionellen Journalismus gegenüber einen Teil des Agenda-Setting- und Deutungs-Monopols (Hermida 2011; Tandoc/Vos 2016). Von strategischen Gruppen über Mesomobilisierer bis hin zur weitläufigen Vermischung dieses politischen Aktivismus mit der journalistischen Tätigkeit durch neue Plattformen und Medienangebote entwickelte sich dieser Raum damit zwar zu einem politischen Ort – jedoch vornehmlich zu einem des Wettbewerbs um Deutungshoheiten.

In der anarchischen Struktur des Internets hat die editoriale (Selbst-)Kontrolle in der politischen Kommunikation eklatant abgenommen, daher bestimmen Verzerrungen stärker den Diskurs, bei dem politische Sachverhalte vermehrt mit einer politischen Einordnung geliefert werden (Oswald 2018; Usher/Holcomb/Littman 2018). In diesem Zuge werden zunehmend politische Informationen veröffentlicht, weiterverbreitet und konsumiert, die auf spezifische politische Präferenzen zugeschnitten sind. Rezipienten werden in diesem Deutungswettbewerb schließlich Interpretationen von Sachverhalten angeboten, in welchen Auffassungen und mutmaßliche Erklärungen stark divergieren können (Powell 2011, 93).

Dieser Medienwandel war disruptiv für die westlichen Gesellschaften (vgl. Oswald 2018). In westlichen Demokratien bestand in der Vergangenheit größtenteils eine reziproke Trilogie aus informierten Bürgern, einer vertrauenswürdigen Medienlandschaft und demokratischen Regierungen. Dieses Gefüge ‚ziviler Trilogie‘ erodierte jedoch in vielen Staaten, die zunehmend in ein post-faktales Zeitalter abgleiten (Bybee 1999, 29). Mit dem neuen Kommunikationsparadigma ergab sich nicht nur eine generelle Machtdispersion, sondern es hatte auch nahezu unsanktionierte Freiheiten in der Kommunikation zur Folge.

Diese Effekte können aus mehreren Gründen als problematisch angesehen werden: Zunächst werden bei der Aufbereitung politischer Information nicht nur Themen selektiert, was bereits die Ideologisierung verstärken kann; auch die Komplexität von Themen wird in dem Prozess reduziert. Gleichzeitig findet ein spezifisches Framing statt, das zwar jedweden Journalismus anhängt, allerdings ist der Grad der Verzerrung in der entgrenzten Individualkommunikation oft eklatant höher. Diese Form von strategischer Kommunikation kann Denkweisen beeinflussen, weil sich damit die Bewertung politischer Probleme oder Sachverhalte bei den Rezipienten lenken lässt (DeLuca/Lawson/Sun 2012, 490; Vliegenthart 2012, 937). Da

über jedwede Form von Medien auch die politische Meinungsbildung vollzogen wird, kann somit ein Einfluss auf politische Präferenzen genommen werden (Druckman 2011, 283). Da im neuen Kommunikationsparadigma mitunter gar objektive Fakten relativ wurden, sind Framing und Desinformation heute die bestimmenden Faktoren des Kommunikationsparadigmas.

Mittels Framing-Techniken wird es Kommunikatoren möglich, eine gewünschte Perzeption über Sachverhalte bei der Zielgruppe zu erreichen, indem sie einen Ausschnitt der Realität in einen spezifischen Kontext setzen. Strukturell wird der ‚Rahmen‘ um einen Teilaspekt des gesamten Themas gesetzt und dieser hervorgehoben. Weitere Aspekte des Sachverhaltes, die das spezifische Framing nicht stützen, werden hingegen in der Kommunikation außen vor gelassen. Diese Form der Kommunikation ermöglicht eine spezifische Perspektivensetzung, mit welcher unterschiedliche Referenzpunkte die Kommunikation dominieren sollen. Zwar sind Framings in der Politischen Kommunikation ständig präsent, da „Aussagen in der Politik oder Abhandlungen politischer Themen durchaus eine gewisse Verzerrung der Realität“ (Oswald 2022, 3) mit sich bringen; strategische Frames sind jedoch konkret darauf ausgerichtet, eine Präferenzänderung bei den Rezipienten zu erwirken.

Das strategische Framing in der Politik ist jedoch weitaus mehr als bloße Politische Kommunikation. Es

- „basiert auf kommunikativen Konstrukten, die auf eine spezifische Interpretation ausgerichtet sind.
- hat eine allgemeinverbindliche gesellschaftliche Durchsetzung von Interessen zum Ziel und spielt eine wichtige Rolle in der öffentlichen Ordnung.
- ist auf Resonanz mit Zielpublika ausgerichtet, um Unterstützung zu generieren.
- hat zum Ziel, Einstellungen zu verändern.
- nutzt gesellschaftlich-kulturell verankerte Vorstellungen als Anknüpfungspunkte, um Resonanz zu generieren.
- kreiert Realität als Ergebnis von Deutungs- und Disputationsprozessen.
- ist ein Wettbewerb zwischen Frames und *Counter-Frames* (Konter-Frames).
- wirkt oberflächlich oft unauffällig und erwirkt den Anschein einfacher Lösungen, birgt jedoch häufig elaborierte Konzepte“ (Oswald 2022, 39–40).

Framing-Techniken können aufgrund ihres verzerrenden Effekts zwar die Wahrheit verfälschen, allerdings sind Frames stets in der Realität verankert, d.h. der Kern eines Frames enthält einen Ausschnitt eines realen Sachverhaltes und ist damit ‚wahr‘ – so abstrus der Kontext, in den er gesetzt ist, auch sein mag. Bei den sogenannten ‚Fake News‘, also der gezielten Desinformation, entspricht der Kern der Aussage nicht der Realität und hat lediglich einen strategischen Nutzen – häufig, um Personen zu diskreditieren.

Freelon und Wells sehen die manipulative Kommunikation wie Desinformation als das bestimmende Thema in der Politischen Kommunikation an, auch wenn keiner dieser Inhalte völlig neu ist; das digitale Zeitalter hat jedoch die Art und Weise verändert, wie solche Nachrichten erstellt, verbreitet und interpretiert werden. Dabei sind auch Fragen nach ihren möglichen Auswirkungen höchst relevant (Freelon/Wells 202, 145).

Allcott und Gentzkow definieren ‚Fake News‘ als „news articles that are intentionally and verifiably false, and could mislead readers“ (Allcott/Gentzkow 2017, 213). Diese sehr enge Definition ist perspektivisch auf die journalistischen Medien gerichtet, dabei kann Desinformation im weitesten Sinne wesentlich mehr umfassen: erfundene Geschichten oder Aussagen, bearbeitete oder erstellte Bilder und Videos oder beispielsweise auch vermeintliche Umfrageergebnisse.

Der in der Umgangssprache für Desinformation verwendete Begriff ‚Fake News‘ ist aus verschiedenen Gründen problematisch. Zunächst suggeriert er einen Nachrichtenwert, wobei es sich bei ‚Fake News‘ in der Regel um nicht der Wahrheit entsprechende Behauptungen handelt (vgl. Oswald 2018, 20). So wie es keine ‚falschen Tatsachen‘ oder ‚Fakten‘ geben kann, können streng genommen erfundene Nachrichten nicht ‚falsch‘ sein. Aufgrund dieser begrifflichen Unschärfe ist irreführende, auf erfundenen Behauptungen basierende, fabrizierte oder geteilte Politische Kommunikation besser durch die Begriffe der Desinformation und Missinformation beschrieben (vgl. z. B. Wardle/Derakhshan 2017, 4–5; Freelon/Wells 2020, 145–146).

Die unabsichtliche Verbreitung von Falschnachrichten, die in redlicher Absicht erzeugt oder geteilt wurden, ist als ‚Missinformation‘ zu verstehen. Hierbei sollte davon ausgegangen werden, dass sich Urheber oder Multiplikatoren nicht darüber im Klaren waren, dass es sich um Falschnachrichten handelt. Sollte das Erstellen von Falschnachrichten oder ihre Verbreitung hingegen vorsätzlich geschehen, wäre die Kategorisierung ‚Desinformation‘ korrekt (Wardle/Derakhshan 2017, 4–5).

Die Desinformation ist in Abgrenzung zu Framings eine Steigerung. Framings sind ein Ausschnitt der Realität, der insofern verzerrt ist, als dass dieser in einen spezifischen Kontext gerückt ist, um eine erwünschte Perzeption zu erzielen und i. d. R. weitere relevante Fakten vernachlässigt werden. Sogar Verschwörungstheorien docken häufig noch an reale Sachverhalte an und sind meist ‚überlogisch‘, indem sie gegebene Fakten aus allen Lebensbereichen in ein einheitliches und meist kohärentes Narrativ verstricken. Mitunter sind Verschwörungstheorien derart elaboriert, dass sie als immunisiert gelten können und daher nicht einmal mehr falsifizierbar sind. Die Desinformation geht insofern über solche Konzepte hinaus, als dass sie keine realen Anknüpfungspunkte braucht, um von einer gewissen Personengruppe für wahr gehalten zu werden – wenn auch nur ‚gefühl‘.

Desinformation braucht daher keine Belege, sondern dient vielmehr selbst als Beleg zur Verfestigung einer bereits bestehenden Einstellung.

Diese relativ einfachen Definitionen ergeben in der Praxis Anwendungsschwierigkeiten. Im Folgenden sollen zwei einschlägige Beispiele zeigen, warum die Regulation von Slanted Media Schwierigkeiten erzeugen kann. Beispielsweise wurde die Meldung über eine vermeintliche Aussage der damaligen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, dass ‚Deutsche die Gewalt der Ausländer akzeptieren müssten‘ oft als ‚Fake News‘, also Desinformation eingestuft (so, beispielsweise der Faktencheck durch ‚Correctiv‘ oder auch die ZEIT ONLINE).

Die Diskussion hat den Ursprung, dass in verschiedenen Beiträgen auf sozialen Medien durch die Wahl entsprechender Titel suggeriert wurde, Angela Merkel habe gefordert, dass Deutsche von Migranten ausgehende Gewalt zu akzeptieren hätten. Meist enthielten die Beiträge Links zu einem kurzen Video, das das vermeintliche Zitat bestätigen sollte. Der Videoausschnitt stammt aus einem offiziellen Video-Podcast der Bundeskanzlerin, in dem sie sagte:

Anschließend werde ich mich mit den Länderinnenministern darüber unterhalten, wie wir sicherstellen können, dass es in Deutschland keinen Raum gibt, in dem die Polizei nicht die Sicherheit der Menschen und der Bevölkerung garantieren kann. Hierbei geht es darum, Sicherheit vor Ort zu gewährleisten, und gleichzeitig die Ursachen von Gewalt in der Gesellschaft zu bekämpfen. Das gilt für alle Bereiche der Gesellschaft, aber *wir müssen akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Immigranten besonders hoch ist* [Hervorhebung durch M. O.]. Deshalb ist das Thema Integration eng verbunden auch mit der Frage der Gewaltprävention in allen Bereichen unserer Gesellschaft.¹

Im verlinkten Ausschnitt war meist nur die oben hervorgehobene Sequenz zu sehen.

Die Frage nach der Einstufung als Framing oder Desinformation ist in diesem Fall für viele schwierig, da wir es mit einer starken Verzerrung zu tun haben, der den Sinn in der Aussage der Kanzlerin verdreht. Der Textausschnitt wurde nicht nur aus dem Kontext gerissen, sondern auch verkürzt wiedergegeben. Im Gesamten forderte Merkel freilich nicht die Akzeptanz von Gewalt durch Migranten; dahinter stand die Forderung, mehr Engagement zur Gewaltprävention und Integration aufzubringen. Dennoch hat sich Merkel unglücklich ausgedrückt und in der Teilbemerkung die Aussage getätigt, die später sinnentstellt wurde. Dies ist jedoch die klassische Definition eines Framings und nicht einer Desinformation (vgl. Entman 1993). Für jene, die dem Bericht Glauben schenken wollen, ist die Behauptung mit der Aussage im Video belegt. Eine Regulation und die Verurteilung als ‚Fake News‘ kann hier kontraproduktiv wirken, da sich ein Teil der Gesellschaft zensiert wäh-

1 Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=IYPK_HCGoxA (zuletzt aufgerufen am 02.10.2023).

nen kann. Das Unterdrücken der ‚Laptop-Story‘ um Hunter Biden durch Twitter und Facebook sowie den liberalen Leitmedien führte bei Teilen der Gesellschaft zu größerem Misstrauen oder bestätigte dies.

In einem anderen einschlägigen Fall liegt zum Vergleich eine klare Desinformation vor, die auch entsprechend klassifiziert wurde; deren Behandlung ist allerdings problematisch. Nach dem Mord an einer Studentin in Freiburg wurde am 3. Dezember 2016 in den Sozialen Medien ein angebliches Zitat von Renate Künast verbreitet. Diese habe gegenüber der Süddeutschen Zeitung, bezogen auf den mutmaßlichen Täter, geäußert: „Der traumatisierte junge Flüchtling hat zwar getötet, man muss ihm aber jetzt trotzdem helfen.“ Tatsächlich ist die Aussage frei erfunden und es handelt sich klar um Desinformation. Der Fakt, dass es jedoch drei Tage gedauert hat, bis die Beiträge gelöscht wurden, zeigt auch hier, dass die Regulation der Unternehmen nicht immer effizient funktioniert.

Ebenso wie bei Social Media, verbreiten mitunter die als alternative Medien angepriesenen Outlets Desinformation, bisweilen kreieren sie diese sogar. Im besten Fall übertragen diese ein eklatantes Framing und eine überlagernde Ideologie. Aber auch diese Variante steht dem Grundgedanken von Qualitäts-Journalismus entgegen, da in diesen nicht nur die politische Interpretation mitgeliefert wird, sondern auch zumeist politische Gegner dafür verantwortlich gezeichnet werden. Derlei Medien können nicht zum intermediären Sektor gezählt werden, da sie von der neutralen Berichterstattung weit abgerückt sind.

Der Wandel der Politischen Kommunikation wurde für die Westlichen Demokratien insoweit zu einem Problem, da obwohl die Echo-Kammern oder *Filter Bubbles* in der Realität nur in geringem Ausmaß abgeschottet existieren,² der stetige Konsum einseitig verzerrter Medien eine Verhärtung ideologischer Fronten erwirken kann. Dies wiederum kann zur Segmentierung und Polarisierung der Gesellschaft führen (Gellner/Oswald 2015; Entman/Usher 2018, 302). Beispielsweise verfestigt bereits der Konsum von harsch formulierten Blogs eigene Ansichten. Dies ist insbesondere der Fall bei Personen, die bis dahin weder ideologisiert waren noch eine Parteibindung aufweisen (Borah 2014, 822; Robison/Mullinix 2016, 275).

Es zeichnet sich seit Längerem ab, dass der Nachrichten-Konsum über Online-Medien politische Horizonte mitunter eher verengt als erweitert (vgl. hierzu Yeo et al. 2015; Skovsgaard/Shehata/Strömbäck 2016; Iyengar/Hahn 2009). Dies ist noch zuletzt dem Medien-Bias geschuldet. Es ist hinlänglich bekannt, dass Menschen Medien bevorzugen, deren Slant mit ihrer eigenen politischen Einstellung korre-

² Die empirische Evidenz der Echo-Kammern oder *Filter Bubbles* ist dünner als theoretisch angenommen (Dubois/Blank 2018; Stark et al. 2019). Es handelt sich demnach weniger um echte Blasen als vielmehr um einen „Medientenor“.

spondiert (vgl. z. B. Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944). Dabei resoniert der Bias der Medien mit der Ideologie der Rezipienten. Diese Form der Bestätigung von Vor-einstellungen oder bestehenden Meinungen erwirkt ein positives Lese- oder Re-zeptionsgefühl. Menschen konsumieren daher bevorzugt entsprechend gefärbte Inhalte, während sie gegenläufige Aussagen tendenziell ablehnen (vgl. Landau/Keefe/Rothschild et al. 2014, 131; Entman 1993, 52–53; Hatfield-Edwards/Shen 2005, 796). Da sowohl Angebot als auch der Konsum von Medien mit einem *Slant* enorm angestiegen ist, zeichnet sich damit ein eklatantes normatives Grundproblem in Demokratien ab.

3 Probleme von Mediendemokratien

Im Paradebeispiel zerrütteter Medienlandschaften westlicher Regierungssysteme, den USA, wandelte sich das Mediensystem bereits vor längerer Zeit hin „zu einer Beliebigkeit anarchisch-individueller Informations- und Kommunikationsverhältnisse“ (Gellner/Oswald 2015, 192). Hier hielten, seit Rupert Murdochs Erfolgsidee, diese Form von Berichterstattung zum Geschäft zu machen, *Slanted Media* zunächst im Radio und dann im Fernsehen Einzug. Die Vermutung, dass der Medienwandel für die Spaltung in den USA mitverantwortlich sein dürfte, ist durch einen Blick in die Medienrealitäten der jeweiligen Fraktion schnell zu erkennen: Anhänger einer Seite weisen i. d. R. die Berichterstattung der anderen Seite zurück. Die zunehmende Entfremdung der politischen Lager führte nicht nur zu Strukturänderungen in der Gesellschaft, sie tangiert darüber hinaus den politischen Prozess derart stark, dass Politikstillstand heutzutage eher die Normalität als die Ausnahme ist. Zumindest ist die neue Form Politischer Kommunikation in diesen Entwicklungen verwurzelt (Freelon/Wells 2020, 147).

Die Frage nach einer gesellschaftlichen Polarisierung und sein Verhältnis zum Medien-Bias ist eine von der Henne und dem Ei. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass sich – zumindest im Fall der USA – beide Phänomene gegenseitig beeinflussen. Auch zeigt das Beispiel der USA, dass der Wettbewerb der *Slanted Media* zur Folge hatte, dass um die Aufmerksamkeit der Konsumenten gebuhlt werden musste, da nun eine nie dagewesene Auswahl an Medien-Plattformen zur Verfügung stand. Die menschliche Affinität, *Slanted Media* zu konsumieren, die mit ihrer eigenen politischen Einstellung korrespondieren, wurde damit zu einem weitreichenden

Geschäftsmodell. Mit diesem Überangebot an politischer Information fällt es heute sogar apolitischen Menschen schwer, diese zu ignorieren (Blumler 2013).³

Im Media-Bias-Chart (Abb. 1) zeigt sich, dass der Wandel nicht nur zu einer Fragmentarisierung des Mediensystems führte, sondern auch eine breite Palette an nicht vertrauenswürdigen Nachrichtenportalen eröffnet hat. Diese Nachrichtenportale bedienen nahezu jedwede politischen Präferenzen. Dabei sind individualistische Channels und private individuelle Politische Kommunikation gar nicht zu erfassen. Vor allem auf der rechten Seite finden sich einige Medienformate, die in die Kategorien ‚most extreme‘ und ‚misleading or fabricated info‘ fallen.

Diese Entfesselung im politischen Kommunikationsmuster und die Möglichkeit neuer Geschäftsmodelle ermöglichte damit auch den Aufstieg der ‚alternativen Medien‘. Für die Konsumenten wurde es mit dem neuen (Über-)Angebot schwieriger, zu erkennen, welche Darstellung unzureichend recherchiert, verzerrt oder gar frei erfunden ist. Damit erreichen inhaltliche Verzerrungen oder fabrizierte Information eine weit größere Masse an Menschen, als es in der alten Medienstruktur der Fall war. Gleichzeitig schrumpft der Markt der etablierten Medien, während deren Online-Präsenzen und E-Papers noch nicht so weit entwickelt sind, um auf das neue Kommunikationsmuster zu reagieren.

Im alten Kommunikationsparadigma hatten Kommunikatoren des Randes nur eine sehr eingeschränkte kommunikative Macht. Die Rezipienten beschränkte sich auf kleine, meist spezifisch nach diesen Informationen suchende Gruppe. Damit blieben für die breite Mitte derlei Vorstellungen meist unbeachtet. Eine Verbreitung fand nur in geringem Ausmaß statt, breitere Unzufriedenheiten wurden kanalisiert. Verantwortlich für diese Form von Filter- und Dämpfungsfunktion waren politische Eliten, Medien oder institutionalisierte Kommunikatoren. Heute erreichen Slanted-Media-Formate ein Millionenpublikum, der Gatekeeper-Faktor ist fast völlig verschwunden. Darüber hinaus entstand eine öffentliche Kommunikatorenschaft individuell-unabhängiger Stimmen.

Das mit der Digitalisierung neu ausgebildete kommunikative Grundmuster trug damit nicht nur zur Diffusion in der etablierten Medienstruktur bei, sondern hat auch einen spürbaren Einfluss auf politische Prozesse und Strukturen, insbesondere da es die Möglichkeiten für Formen verzerrter Politischer Kommunikation vervielfältigte. Allerdings ist dies nur die Spitze, denn auf beiden Seiten ist die politisch gefärbte Medienlandschaft stark ausgeprägt, wie die zahlreichen Zuordnungen zu den orange und gelb markierten Bereichen der Media-Bias-Chart zeigen, die für ‚mixed reliability‘ und ‚somewhat unreliable‘ stehen. Das strategische Fra-

3 Zwar gab es bereits in den frühen 1990er Jahren ‚Channels‘ auf der AOL-Website, doch wer hätte gedacht, dass sich E-Mail-Provider zu eigenen Nachrichtenplattformen entwickeln?

ming kann deshalb als ein Hauptbestandteil der Berichterstattung über politische Issues gesehen werden.

Die Entfesselung der Politischen Kommunikation führte damit zu vermehrt ideologisierten Sichtweisen und die nahezu euphorische Haltung in der Wissenschaft über diese Entwicklung wich zunehmend einer Ernüchterung: Die anarchisch-individualistisch strukturierten Plattformen erfüllen mitunter kaum die Funktionen für die demokratische Willensbildung;⁴ da sie auf breiter Front manipulative Politische Kommunikation zulassen, fördern sie wohl gar antidemokratische Tendenzen und damit *Backlashes* in westlichen Demokratien. Die Beobachtung, dass die neue Medienlandschaft populistische bis hin zu gar autokratische Strukturentwicklungen begünstigt, ist daher wenig überraschend.

4 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Zeitalter der Slanted Media

Lange Zeit war in der Bundesrepublik der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Garant für die Stabilität der Medienstruktur. Auch heute wäre eine unabhängige, kritische und vielfältige Medienberichterstattung ein notwendiges Instrument, mit dem verzerrte Medien balanciert werden können. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss deshalb nach wie vor als Ideal betrachtet werden, über den freie und öffentliche Meinungsbildung in der Gesellschaft möglich wird. Dies ist ein wichtiger Baustein für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Allerdings entfernten sich Teile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks selbst von den Professionalisierungsstandards im Journalismus, auch im digitalen Raum, wie das in Abb. 2 dargestellte Beispiel zeigt.

Die Kern-Meldung wären die sich häufenden Anschläge auf Baumaschinen und Wohnungsunternehmen. Die individuelle Interpretation des Sachverhalts wird in diesem Tweet jedoch nicht nur mitgeliefert, sondern in einen spezifischen Frame gesetzt, der andere Interpretationen außen vor lässt. Somit wird suggeriert, dass einfache Mieter wohl die Ursache waren, obwohl das spekulativ ist. Gleichzeitig dient deren unglückliche Lage als Legitimation für die Anschläge. Die Gewalt wird zwar thematisiert, jedoch nicht problematisiert. Vielmehr wird die Schuld dafür den Eigentümern zugeschrieben. Dies macht das Framing im Namen des ZDF besonders kritikwürdig: Gewalt und Brandstiftung werden nicht nur verharmlost, sondern als legitimes Protestmittel verstanden und als gewöhnliches soziales Phänomen eingeordnet.

4 Faktoren wie Transparenz, Objektivität, Responsivität oder Zugänglichkeit.



Abb. 2: Tweet ZDF, © ZDF

Die Entwicklungen um den Spin der ÖRR weist bisweilen Anzeichen von den Entwicklungen in den USA auf: Bürger, die nicht der urbanen oder sozialliberalen Gesellschaftsschicht angehören, wandten sich von diesen Sendern wie von den großen Leitmedien wie der New York Times o. ä. ab. Das Framing der Großstadt- oder Küstenregion-Journalisten entspricht einer anderen Lebens- und Sichtweise als jener der ruralen Bevölkerung. Gleichzeitig ging die Anzahl regionaler Tageszeitungen drastisch zurück. Einige überlebende Redaktionen wurden Teil einer größeren Group und publizieren daher zunehmenden ähnlichere und seichtere Inhalte. Die Zuwendung zu alternativen Angeboten bei dieser Bevölkerungsschicht ist daher keine Überraschung.

Auch wenn in der Bundesrepublik zentristische etablierte Nachrichtenformate noch vorhanden sind, nähern wir uns einem ähnlichen Problem an: Laut einer Insa-Umfrage haben nur noch 40,4% der erwachsenen Bürger Vertrauen in die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender. Selbst eine vom ZDF-Politbarometer beauftragte Studie der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zeigt, dass bis zu 36% der Bürger kein großes oder kein Vertrauen darin haben, dass die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender wahrheitsgemäß berichten. Das Vertrauen der Bürger fiel der Erhebung zufolge allein zwischen dem Januar 2021 bis zum Januar 2023 von 70% auf 63%. Auch wenn die Mainzer Langzeitstudie zum Ergebnis kommt, dass 70% der Bevölkerung den öffentlich-rechtlichen Sendern volles Vertrauen schenkt (Jakobs et al. 2021) hat es hierzulande zunehmend den Anschein, als ob sich Menschen von etablierten Medien entfremdet fühlen, weil auch deren Perzeption eine andere ist als jene der Journalisten. Erhebungen unter Journalisten oder Volontären zeigen, dass sich eine Mehrheit mit Parteien links der Mitte identifiziert. Etwa 85%

der Befragten neigen dabei entweder zu Bündnis 90/Die Grünen, der SPD oder haben keine klare Parteipräferenz (Grabenheinrich 2023, 28).

Da Journalisten ihre Artikel nach den eigenen Kontextmodellen ausrichten, kommen Verzerrungen unweigerlich in Texte. Schließlich ist die Grundlage für die Wahrnehmung der Realität deren Interpretationsrahmen – und dieser ist von eigenen Meinungen und Werten geprägt. Zuletzt hat auch das Medienumfeld der Journalisten einen Effekt auf die eigene Wahrnehmung: Die Quellenwahl bestimmt schließlich die Bedeutungsinterpretation (Brüggemann 2014, 61–65). So kann ein Medien-Bias entstehen, wenn Quellen mit einem Slant konsultiert werden. Da heutzutage viel online recherchiert und Meinung gebildet wird – auch bei Journalisten –, wirkt die Online-Kommunikation und Ideologisierung schließlich auch auf die analoge Welt zurück und die Quellenwahl beeinflusst die eigene Wahrnehmung.

Der Vertrauensverlust in die öffentlich-rechtlichen Medien speist sich freilich auch durch die immens hohen Ausgaben, vereinzelt Gehältern von über 300.000 Euro und diversen Skandalen. Auch die Staatsnähe einiger Anstalten kann mitunter den Eindruck von geringer Unabhängigkeit erwecken. Der häufig verwendete Vorwurf des ‚Staatsfunks‘ kann vielleicht nur entkräftet werden, wenn die Verwaltungs- und Aufsichtsräte der Sender weniger mit Politikern oder parteinahen Personen besetzt sind. All dies sind demokratierelevante Issues, da das schwindende Vertrauen in den ÖRR problematisch für Demokratien werden kann, insbesondere, wenn Slanted-Media-Geschäftsmodelle die aufklaffende Lücke füllen. Vor allem deshalb ist eine unabhängige, objektive und vertrauenswürdige Medienlandschaft unerlässlich. Dies können Institutionen wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk sein.

Die Aufweichung der Professionalisierungsstandards im Journalismus und der damit verbundene Vertrauensverlust bei der Bevölkerung ist besorgniserregend. Hierzu stellt sich die Frage, ob eine Fairness-Doktrin sinnvoll wäre. In den USA basierte der Rundfunk auf den Regeln der *Fairness-Doktrin* der FCC. Sie gab TV- und Radiosendern vor, balanciert zu berichten oder mehrere Seiten eines kontroversen Themas zu diskutieren. Außerdem galt ein Recht, dass Reaktionen oder Gegendarstellungen möglich gemacht werden mussten (Aufderheide 1990, 47–48). Die Abschaffung der Fairness-Doktrin bot einerseits die Grundlage für Erfolgsmodelle wie FOX News. Mittlerweile monieren sogar Konservative, die durch Formate wie FOX News stark von der Deregulation profitieren, die Abschaffung der Fairness-Doktrin: Ihrer Einschätzung zufolge wurde durch die Doktrin die konservative Seite besser in den Leitmedien vertreten.

Neben vermehrter Medienbalance ist auch die Förderung von Media Literacy und Journalism Literacy (Jaakkola 2020) eine vielversprechende Chance, die Resilienz gegenüber Slanted Media zu steigern (Beiler/Krüger/Pfeiffer 2020; Meßmer/

Sängerlaub 2020). Auch scheinen gewisse Zusammenhänge zwischen geringem Vertrauen in etablierte Medien und geringer Medienkompetenz zu bestehen (Ziegele et al. 2018).

5 Slanted Media: Deren normative Faktizität und ihr Gegengewicht

Der Anteil des Medienwandels am Abgleiten in das post-faktuale Zeitalter der Demokratie kann kaum überschätzt werden, da im neuen Kommunikationsmuster nicht nur die Verzerrung in der Darstellung politischer Sachverhalte relativ wurde, sondern zum Teil auch die Frage nach der Wahrheit. Die Effekte von Slanted Media in den Griff zu bekommen und damit eine normative Konstante der Demokratie zu beschützen, ist eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik. Westliche Demokratien können die Veränderungen durch die digitale Transformation adaptieren, aber Gegenmechanismen zu Slanted Media sind dafür die Voraussetzung.

Die Kernaufgabe traditioneller Medien ist die Herstellung einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Da die Kommunikationsmacht erheblich dispergierte, wurde auch das ideologische Spektrum in der Herstellung von Öffentlichkeit breiter. Mit der fragmentierten Öffentlichkeit verschärft sich nicht nur der Diskurs, sondern auch der Minimalkonsens wird geringer. Die ideologisch geleitete Politische Kommunikation folgt einem starren Dogmatismus, durch den Teilöffentlichkeiten entstehen oder deren Absonderung verstärken. Damit werden Pathologien freigesetzt, die eine republikanische Kultur herausfordern können. Die normative Rolle der epistemischen Autorität und die Rolle verantwortungsbewusster Medien bei der Schaffung der modernen Bürgergemeinschaft und der demokratischen Gesellschaft sind damit ein Grundpfeiler der Demokratie. Eine normative Konstituente hierfür zu schaffen, bedeutet nicht, dass Medien gleichschaltend wirken und keine abweichenden Meinungen auftauchen sollten. Diese sind in Kommentarformen genauso relevant wie eine unabhängige Berichterstattung; es geht vielmehr um dieselbe Basis, auf der interpretiert wird und nicht darum, dass politische Informationen bereits in einen Kontext eingebettet und vorinterpretiert sind.

Die potenziell moderierende Rolle der zentristischen Kommunikatoren wie etwa etablierten Journalisten steht im Mittelpunkt zur Balancierung von Slanted Media. Die öffentlich-rechtlichen Medien können sowohl online als auch im Rundfunk ein massives Gegengewicht zu Slanted Media sein. Eine unabhängige, objektive und verlässliche Medienlandschaft ist in diesen Zeiten unerlässlich. Sie kann sogar als ein wichtiger Baustein für die freiheitlich-demokratische Grundordnung angesehen werden. Auch den Leitmedien täte mitunter ein geringerer Bias

gut, aber da es sich hierbei um privatwirtschaftliche Unternehmen handelt, kann dies nur ein Appell an Journalisten sein.

Die Antwort auf die Frage nach der Regulation ist ambivalent. Wie bereits zwei einschlägige Beispiele zeigen, kommt es bei der Regulation einzelner Inhalte schon zu Problemen. Einerseits ist es fragwürdig, ob Framings reguliert werden sollen, aber selbst bei offensichtlichem Handlungsbedarf erfolgt die Regulation oft zu spät. Die Schnellebigkeit im Netz lässt lange Reaktionszeiten kaum zu. Regulation ist in jedem Falle erforderlich, vornehmlich bei Rechtsbrüchen, Hate Speech und auch bei eindeutiger Desinformation. Allerdings kann nicht alle Kommunikation reguliert werden und allzu massive Eingriffe bei Frame-Setzungen kann kontraproduktiv wirken, v. a. wenn ein Anfangsverdacht bezüglich Voreingenommenheit besteht. Hier sind Gegenmaßnahmen relevanter, die es Menschen möglich machen, Bias und Desinformation zu erkennen. Darüber hinaus muss verlorenes Vertrauen in Medien wieder aufgebaut werden, v. a. in die öffentlich-rechtlichen.

Die zentrale Herausforderung für die Demokratie sind nicht die digitalen Medien; diese sind im neuen Kommunikationsmuster präsent und damit werden sowohl Verzerrungen als auch Desinformation nicht verschwinden – schon gar nicht, wenn die Regulation schwierig ist. Die Erfahrungen in den USA zeigen, dass in Zukunft eher mehr Slanted Media den Diskurs bestimmen wird. Daher muss vor allem das Verständnis für Slanted Media, insbesondere um Framing und Desinformation in der Gesellschaft gestärkt werden. Medienkompetenz bedeutet deshalb wesentlich mehr als nur Falschinformation zu erkennen. In Zeiten, in denen potenziell alle Menschen zum Sender werden können, müssen einerseits die Normen des Journalismus bekannt sein und vor allem auf eine neue Wertschätzungsebene gestellt werden – auch von Journalisten selbst. Die zukünftige Gesellschaft muss deshalb in dem Sinne mündig sein, dass sie diese Normen versteht, wie auch über die Techniken des Framings und Desinformation Bescheid weiß. Nur so kann von Einzelnen richtig abgeschätzt werden, welche Information unzureichend recherchiert, verzerrt oder gar erfunden ist. Kurz: was ist für den Diskurs geeignet und was nicht. Auch die für die digitale Kommunikation erforderliche Ambiguitätstoleranz kann nur durch diese Kenntnis entstehen.

Zudem zählt der verantwortungsvolle Umgang der Öffentlichkeit und der Elite mit Social Media zu Kernfaktoren einer gesunden Mediendemokratie. Zentrale Probleme der modernen Politik und das damit verbundene Problem des kollektiven Handelns sind konstruktiv zu verstehen: Am Ende werden Kommunikation und ihre virulenteren Formen strategischen Framings und der Desinformation zur Realität der Öffentlichkeit und ihrer Probleme. So wird heute definiert, was die „neue“ Normalität in der demokratischen Gesellschaft ist.

Literatur

- Alber-Armenat, Ina und Natali Stegmann. 2016. „Samizdat und alternative Kommunikation“. *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 65 (1): 1–16.
- Allcott, Hunt und Matthew Gentzkow. 2017. „Social Media and Fake-News in the 2016 Election“. *Journal of Economic Perspectives* 31 (2): 211–235.
- Aufderheide, Patricia. 1990. „After the Fairness Doctrine: Controversial Broadcast Programming and the Public Interest“. *Journal of Communication* 40 (3): 47–72.
- Beiler, Markus, Uwe Krüger und Juliane Pfeiffer. 2020. „Journalismusausbildung breiter denken! Journalismuskompetenz in Zeiten von Digitalisierung und Vertrauenserosion“ In *Fake News, Framing, Fact-Checking: Nachrichten im digitalen Zeitalter*, hrsg. von Tanja Köhler, 447–476. Bielefeld: Transcript. DOI: 10.1515/9783839450253-024.
- Bennett, W. Lance, Alexandra Segerberg und Curd B. Knüpfer. 2017. „The Democratic Interface: Technology, Political Organization, and Diverging Patterns of Electoral Representation“. *Information, Communication & Society* 1 (2): 1–26.
- Blumler, Jay G. 2013. „The Fourth Age of Political Communication“. *Fgpk.de. DFG Forschergruppe 1381*. Zuletzt abgerufen am 3. Juli 2022. https://www.cairn-int.info/article-E_PDC_006_0019-the-fourth-age-of-political.htm.
- Borah, Porismita. 2014. „Does It Matter Where You Read the News Story? Interaction of Incivility and News Frames in the Political Blogosphere“. *Communication Research* 41 (6): 809–827.
- Brüggemann, Michael. 2014. „Between Frame Setting and Frame Sending: How Journalists Contribute to News Frames“. *Communication Theory* 24 (1): 61–82.
- Bybee, Carl. 1999. „Can Democracy Survive in the Post-Factual Age? A Return to the Lippmann-Dewey Debate about the Politics of News“. *Journalism & Communication Monographs* 1 (1): 28–66. DOI: 10.1177/152263799900100103.
- Coleman, Stephen und Deen Freelon. 2015. „Introduction: Conceptualizing Digital Politics“. In *Handbook of Digital Politics*, hrsg. von Stephen Coleman und Deen Freelon, 1–14. Cheltenham: Edward Elgar. DOI: 10.4337/9781782548768.00007.
- Dahlgren, Peter. 2005. „The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation“. *Political Communication* 22 (2): 147–162. DOI: 10.1080/10584600590933160.
- DeLuca, Kevin M., Sean Lawson und Ye Sun. 2012. „Occupy Wall Street on the Public Screens of Social Media: The Many Framings of the Birth of a Protest Movement“. *Communication, Culture & Critique* 5 (4): 483–509. DOI: 10.1111/j.1753-9137.2012.01141.x.
- Druckman, James. 2011. „What’s It All About? Framing in Political Science“. In *Perspectives on Framing*, hrsg. von Keren Gideon, 279–300. London: Psychology Press.
- Dubois, Elizabeth und Grant Blank. 2018. „The Echo Chamber Is Overstated: The Moderating Effect of Political Interest and Diverse Media“. *Information, Communication & Society* 21 (5): 729–745. DOI: 10.1080/1369118X.2018.1428656.
- Entman, Robert M. 1993. „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“. *Journal of Communication* 43 (4): 51–58.
- Entman, Robert M. und Nikki Usher. 2018. „Framing in a Fractured Democracy: Impacts of Digital Technology on Ideology, Power and Cascading Network Activation“. *Journal of Communication* 68 (2): 298–308.
- Freelon, Deen und Chris Wells. 2020. „Disinformation as Political Communication“. *Political Communication* 37 (2): 145–156. DOI: 10.1080/10584609.2020.1723755.

- Gellner, Winand und Michael Oswald. 2015. „IPolitics: Parteien, Medien und Wähler in den USA“. In *Wandel und Kontinuität der politischen Kommunikation*, Bd. 2, hrsg. von Uwe Jun und Michael Jäckel, 191–204. Opladen: Budrich.
- Grabenheinrich, Miriam. 2023. *Journalismus und Diversity. Umgang mit kultureller Diversität in der journalistischen Praxis und Konsequenzen für die Aus- und Fortbildung*. Springer Fachmedien.
- Hatfield-Edwards, Heidi und Fuyuan Shen. 2005. „Economic Individualism, Humanitarianism, and Welfare Reform: A Value-Based Account of Framing Effects“. *Journal of Communication* 55 (4): 795–809.
- Hermida, Alfred. 2011. „Fluid Spaces, Fluid Journalism: The Role of the “Active Recipient“ in Participatory Journalism“. In *Participatory Journalism: Guarding Open Gates at Online Newspapers*, hrsg. von Jane B. Singer, Alfred Hermida, David Domingo et al., 177–191. Malden, MA: John Wiley & Sons.
- Iyengar, Shanto und Kyu S. Hahn. 2009. „Red Media, Blue Media: Evidence of Ideological Selectivity in Media Use“. *Journal of Communication* 59 (1): 19–39. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2008.01402.x.
- Jaakkola, Maarit. (2020). „Journalists as Media Educators: Journalistic Media Education as Inclusive Boundary Work“. *Journalism Practice* 16 (6): 1265–1285. DOI: 10.1080/17512786.2020.1844040.
- Jakobs, Ilka, Tanjev Schultz, Christina Viehmann, Oliver Quiring, Nikolaus Jakob, Marc Ziegele und Christian Schemer. 2021. „Medienvertrauen in Krisenzeiten. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2020“. *Media Perspektiven* 3: 152–162.
- Landau, Mark J., Lucas A. Keefer und Zachary K. Rothschild. 2014. „Epistemic Motives Moderate the Effect of Metaphoric Framing on Attitudes“. *Journal of Experimental Social Psychology* 53: 125–138.
- Lazarsfeld Paul Felix, Bernard Berelson und Hazel Gaudet. 1944. *The People's Choice*. New York, NY: Columbia University Press.
- Messing, Solomon und Sean J. Westwood. 2012. „Selective Exposure in the Age of Social Media: Endorsements Trump Partisan Source Affiliation When Selecting News Online“. *Communication Research* 41 (8): 1042–1063. DOI: 10.1177/0093650212466406.
- Oswald, Michael. (2018). „Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel – ein disruptives Zeitalter?“ In *Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel: Interdisziplinäre Perspektiven auf ein dynamisches Forschungsfeld*, hrsg. von Michael Oswald und Michael Johann, 7–34. Wiesbaden Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-20860-8_2.
- Oswald, Michael. 2020. „Fake News Media: Der Begriff ‚Fake News‘ als rhetorisches Mittel des Framings in der politischen Kommunikation“. In *Fake News und Desinformation: Herausforderungen für die vernetzte Gesellschaft und die empirische Forschung*, hrsg. von Ralf Hohlfeld, Michael Harnischmacher, Elfi Heinke, Michael Sengl und Lea Lehner, 61–82. Baden-Baden: Nomos.
- Oswald, Michael. 2022. *Strategisches Framing. Eine Einführung*. 2. Aufl. Baden-Baden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-36205-8.
- Powell, Kimberly A. 2011. „Framing Islam: An Analysis of U. S. Media Coverage of Terrorism since 9/11“. *Communication Studies* 62 (1): 90–112.
- Robison, Joshua und Kevin J. Mullinix. 2016. „Elite Polarization and Public Opinion: How Polarization Is Communicated and Its Effects“. *Political Communication* 33 (2): 260–282.
- Schroeder, Ralph. 2018. *Digital Media and the Rise of Right-Wing Populism. Social Theory after the Internet. Media, Technology, and Globalization*. London: UCL Press. DOI: 10.2307/j.ctt20krxdr.
- Skovsgaard, Morten, Adam Shehata, und Jesper Strömbäck. 2016. „Opportunity Structures for Selective Exposure: Investigating Selective Exposure and Learning in Swedish Election

- Campaigns Using Panel Survey Data“. *International Journal of Press/Politics* 21 (4): 527–546. DOI: 10.1177/1940161216658157.
- Tandoc, Edson C. und Tim P. Vos. 2016. „The Journalist Is Marketing the News: Social Media in the Gatekeeping Process“. *Journalism Practice* 10 (8): 950–966.
- Toffler, Alvin. 1980. *The Third Wave*. New York, NY: William Morrow.
- Usher, Nikki, Jesse Holcomb, Justin Littman. 2018. „Twitter Makes It Worse: Political Journalists, Gendered Echo Chambers, and the Amplification of Gender Bias“. *The International Journal of Press/Politics* 23 (3): 324–344. DOI: 10.1177/1940161218781254.
- Vargo, Chris und Lei Guo. 2017. „Networks, Big Data, and Intermedia Agenda-Setting: An Analysis of Traditional, Partisan, and Emerging Online U. S. News“. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 94 (4): 1031–1055.
- Vliegenthart, Rens. 2012. „Framing in Mass Communication Research – An Overview and Assessment“. *Sociology Compass* 6 (12): 937–948.
- Wardle, Claire und Hossein Derakhshan. 2017. „Information Disorder: Toward an Interdisciplinary Framework for Research and Policy Making“. *Shorenstein Center*, 31. Oktober 2017. Zuletzt abgerufen am 13. April 2023. <https://shorensteincenter.org/information-disorder-framework-for-research-and-policy-making/>.
- Yeo, Sara K., Michael A. Xenos, Dominique Brossard und Dietram A. Scheufele. 2015. „Selecting Our Own Science: How Communication Contexts and Individual Traits Shape Information Seeking“. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 658 (1): 172–191. DOI: 10.1177/0002716214557782.
- Ziegele, Marc, Tanjev Schultz, Nikolaus Jakob, Viola Granow, Oliver Quiring und Christian Schemer. 2018. „Lügenpresse-Hysterie ebbt ab“. *Media Perspektiven* 4: 150–162.